

Erstein 8 mal wöchentlich. Wochenschrift durch Träger einlief. 30 Wg. hpm. 40 Wg. Tageszeitung 1.70; durch die Post 1.70 einschließlich Postgebühren. Zusätzl. 30 Wg. Postgebühren. Einzel-Nr. 10 Wg., Sonntags- und Feiertags-Nr. 20 Wg. Abbestellungen müssen spätestens eine Woche vor Ablauf der Bezugszeit schriftlich beim Verlag eingegangen sein. Inlere Träger dürfen keine Abbestellungen entgegennehmen.

Sächsische Volkszeitung

Schriftleitung: Dresden-N., Volkersstraße 17, Fernruf 2071 u. 2102. Geschäftsstelle, Druck und Verlag: Germania Buchdruckerei und Verlag G. m. b. H., Wilsch, Volkersstraße 17, Fernruf 2062. Postfach: Nr. 1205, Bank: Staatsbank Dresden Nr. 94707.

Montag, 28. Februar 1938

In Falle von höherer Gewalt, Verbot, einzelner Betriebsstörungen hat der Verlag über den Fortgang der Zeitung keine Verantwortung. In der Zeitung in besonderen Umständen, wenn nicht oder nicht erscheint. Schriftleitungsort ist Dresden.

Wichtige Beschlüsse der Balkan-Entente

Beziehungen zu General Franco freigestellt Griechenland und die Türkei wollen das italienische Kaiserreich anerkennen

Ankara, 28. Februar. Ueber die Tagung des ständigen Rates der Balkan-Entente, die unter dem Vorsitz des griechischen Ministerpräsidenten Metaxas vom 25. bis 27. Februar in Ankara stattfand, wurde am Montag eine amtliche Verlautbarung ausgegeben. In der Verlautbarung wird zunächst in der üblichen Weise festgestellt, daß die Besprechungen eine vollkommene Uebereinstimmung in allen Fragen der allgemeinen Politik und der gegenseitigen Beziehungen ergeben hätten und daß die Balkan-Entente ihren bisherigen Freundschaften und Verpflichtungen treu bleiben werde. Einen breiten Raum nahm in den Besprechungen die Mittelmeerfrage ein. Dabei wird betont, daß die Länder der Balkan-Entente übereinstimmend der Meinung sind, eine Politik der guten Beziehungen und der Zusammenarbeit mit jeder der Hauptmächte des Mittelmeergebietes, also sowohl mit England als auch mit Frankreich und Italien, zu verfolgen. In der Frage der Anerkennung des italienischen Imperiums wurde zur Kenntnis genommen, daß

Jugoslawien bereits einen neuen Gesandten beim König und Kaiser von Äthiopien akkreditiert hat und daß Rumänien das gleiche beschlossen hat. Der Rat der Balkan-Entente ist daher zu der Ansicht gekommen, daß auch Griechenland und die Türkei ihre Haltung in der äthiopischen Frage ihren freundschaftlichen Beziehungen zu Italien anpassen müßten. Der ständige Rat der Balkan-Entente hat ferner die Beschlüsse der letzten Wirtschaftstagung in Athen ratifiziert. Ferner hat der Rat beschlossen, seine Politik der Nicht-Einmischung in die spanischen Angelegenheiten aufrechtzuerhalten. Er hat es weiter den Mitgliedern der Balkan-Entente freigestellt, Beziehungen zur Regierung des Generals Franco aufzunehmen und Agenten nach Nationalspanien zu entsenden, um auf diese Weise ihre wirtschaftlichen Interessen wahrzunehmen. Der Rat ist schließlich übereingekommen, daß die beiden nächsten Tagungen im September 1938 in Genf und Ende Februar 1939 in Bukarest stattfinden sollen.

Die beiden Wege

Des Februarmonats 1938 wird man in der europäischen Politik noch lange gedenken. Er brachte Entscheidungen, die lange herangereift waren, und er warf Probleme auf, die noch auf lange hinaus Europa in Atem halten werden. Zunächst erfolgten am 4. Februar die einschneidenden Personalveränderungen im Führerkorps des Reiches, — über die man im Ausland schon so lange geheimnissvoll hatte — und damit zugleich wichtige Klärungen auf lange Sicht. Man hat sich im Ausland viel den Kopf über die Tragweite dieser Veränderungen zerbrochen, und man sparte auch nicht mit gewagten und böswilligen Kombinationen, welche offensichtlich zum Ziele hatten, die innere Stabilität des Reiches in einem ungewissen Ziellicht erscheinen zu lassen. Nichts vermochte diese Deutungen wirksamer zu widerlegen, als die beiden darauf folgenden deutschen Initiativen, die Einladung des Bundeskanzlers Schulzberg zum Oberalzberg und die Führerrede vom 20. Februar. Nur eine Führung, die ihres Weges und Zieltes sicher ist, kann in so kurzer Zeitspanne so gewichtige politische Willensakte vollziehen, wie sie in dem großen inneren und äußeren Rechenschaftsbericht und in den mit Vesterreich erzielten Klarstellungen liegen. Auch nach dem 12. Februar hat das Ausland mit Anwürfen nicht gepart. Wenn man gewissen Blättermeldungen glauben soll, so hatte sich auf dem Oberalzberg der Schwächere dem Ultimatum des Stärkeren gebeugt, und Europa stand wieder einmal am Vorabend einer Katastrophe. Man wird sich allmählich überzeugen, daß es auch am 12. Februar ebenso wie am 4. Februar weder Sieger noch Besiegte gegeben hat, wenn man nicht der Wahrheit gemäß feststellen will, daß es der deutsche Gedanke war, der hier den Sieg über die bestehende Meinungsverschiedenheiten davongetragen hat. Als der Führer vor den Reichstag hintrat, brauchte er nicht die vom Ausland so sehnlichst erwarteten sensationellen Enthüllungen zu machen. Was er hier aussprach, das war nur der in seiner Einfachheit großartige Redenschäftsbericht über eine innen- und außenpolitische Staatsführung, die allen Anlaß hat, auf die Erfolge dieses Jahres stolz zu sein. Gerade daß der Führer sich nicht zu tortigieren brauchte, daß er als geleistet oder noch zu leisten eben das auswies, was er vor fünf Jahren als Ziel der nationalsozialistischen Staatsführung verkündete, ist ein eindrucksvolleres Ereignis als die immer neuen Wendungen und Korrekturen, die in der Politik anderer Länder in diesen fünf Jahren vorgenommen werden mußten.

Bolschewistische Mordtat in der Kirche

Ein Geistlicher in Posen auf Beschluß der kommunistischen Partei ermordet — Ein Kind und der Kirchendiener verletzt

Posen, 28. Febr. Ein ungeheuerliches kommunistisches Verbrechen trug sich in Lubon, einem Vorort von Posen, zu. Ein Kommunist tötete während der Messe den Geistlichen Stelich, der als entschiedener Gegner des Kommunismus galt, durch mehrere Schüsse vor dem Altar. Der Kirchendiener, der den Verbrecher festnehmen wollte, und ein Kind wurden ebenfalls durch Schüsse des bolschewistischen Wurdubben verletzt. Der empörten Menge gelang es, den Verbrecher festzunehmen, der nur durch das Eingreifen der Polizei der Lynchjustiz entrißnen und abtransportiert werden konnte. Nach den bisherigen Ermittlungen ist die Ermordung des Geistlichen in der Nacht vorher von den Luboner Kommunisten regelrecht beschlossen worden. Die Polizei nahm zahlreiche Verhaftungen vor.

festgestellten Tatsachen. Das Blatt weist darauf hin, daß General Schoblin, der seit der Verschleppung des Generals Miller ebenfalls verschunden ist, das ausführende Organ der GPU gewesen ist. Als Chef der sogenannten „Neueren Linie“, einer wehrkräftigen Organisation in Paris, deren Aufgabe darin bestand, Beobachter nach Sowjetrußland zu schicken, um sich über die politische und wirtschaftliche Lage zu unterrichten und den Widerstand gegen das Sowjetregime zu organisieren, arbeitete er Hand in Hand mit Moskau. Er teilte der GPU jeweils die Entsendung eines Beobachters mit, so daß diese Leute beim Betreten sowjetrußländischen Bodens sofort verhaftet werden konnten. Mehr als zehn solcher Beobachter sind spurlos verschwunden und es unterliegt keinem Zweifel, daß sie nicht mehr unter den Lebenden weilen. Die Tätigkeit Schoblins hat in wehrkräftigen Kreisen noch und nach Mißtrauen erregt. Das veranlaßte General Miller, keine weiteren Agenten mehr nach Sowjetrußland zu senden. Schoblin ließ dadurch Gefahr, bei der GPU in Ungnade zu fallen. Hierauf ist sein Plan zurückzuführen, General Miller zu entführen, um sich selbst an die Spitze der Wehrkräften in Paris zu stellen, um seine Spionagetätigkeit fortsetzen zu können. Die Untersuchung hat ferner ergeben, daß der sowjetrußische Dampfer „Marja Ufanowa“, an dessen Bord General Miller wahrscheinlich entführt wurde, den Hafen von Le Havre sofort verließen hat, nachdem der Passierkraftwagen auf dem Hafengelände eingetroffen war, der Stunden vorher an dem Orte gesehen worden war, an den Schoblin General Miller hinbestellt hatte.

Die Sowjetregierung einwandfrei als Urheberin der Verschleppung Millers entlarvt

Die verzeiterische Rolle des Sowjetpibels Schoblin.

Paris, 28. Febr. Der Untersuchungsrichter in der Verschleppungsangelegenheit des wehrkräftigen Generals Miller, der bekanntlich am 22. September vorigen Jahres spurlos verschwunden ist, wird am Montag die Zeugenvernehmung fortsetzen, nachdem die Untersuchung in den letzten Wochen zu der einwandfreien Feststellung geführt hat, daß die Sowjetregierung bzw. die GPU die Urheber dieser Verschleppung sind. Der „Matin“ macht in sensationeller Aufmachung nähere Angaben über die bisher

Ver „Matin“ wendet sich ebenfalls gegen dieses abenteuerliche Verbrechen der GPU auf französischem Boden und stellt fest, daß Moskau keine Grenzen kenne, wenn es sich darum handele, zu handeln.

Eine solche Korrektur vollzieht man gegenwärtig in Großbritannien, und man kann bei aller Hochachtung vor den gemessenen Formen dieser Auseinandersetzung nicht behaupten, daß ihr Notwendigwerden der britischen Staatskunst ein besonders rühmliches Zeugnis ausstellt. Es ist gewiß kein Zweifel daran erlaubt, daß die beiden großen politischen Gruppen in England, die in dieser Woche leidenschaftlich miteinander gerungen haben und weiterhin ringen werden, beide ehrlich den Frieden wollen, den das britische Empire zu seinem politischen Gedeihen und zu seinem nationalen Zusammenhalt braucht. Die eine dieser Gruppen hat jedoch geglaubt, man könne heute, zwanzig Jahre nach dem Weltkriege, noch einen Frieden von britisch-französischen Gnaden diktieren, einen in spanische Stiefel eingeschnittenen Kollektivfrieden, der auf das Lebensrecht der Habenichtse nicht die geringste Rücksicht nimmt. Die letzten zwei Jahrzehnte europäischer Politik stellen eine einzige Kette von Versuchen dar, diesen Zwangsfrieden mit den jeweils neuen Verhältnissen in Einklang zu bringen, ohne dabei den angeblich geheiligten Grundlag von der Aufrechterhaltung der Zwangsverträge und von der Sicherung des Status quo zu gefährden. Seit dem Tage, an dem die Sieger von Versailles mit Diktaten, Diskriminierungen, Koalitionen und Kollektivpacten ihre Vorrangstellung zu verewigen suchten, bis zu der Stunde, da Außenminister Eden dem ehernen Gang der Ereignisse geopfert werden mußte, stellt diese Politik ein immerwährendes Rückzugsgefecht dar, das in gewissen Stunden fast zu einer Panik ausarten drohte. Die englische Politik ist heute entschlossen, ihre Widerstandslinie weiter nach rückwärts zu verlegen, diese neue Frontstellung aber politisch wie militärisch so unüberwindlich wie möglich zu machen. Noch wissen wir nicht genau, wo diese „Siegfriedstellung“ liegen soll, und ob sie in der Tat nur das umschließen wird, was auch nach unserer deutschen Auffassung gerechtfertigtermaßen zur britischen Interessensphäre gehört. Auf welcher Seite dieser Front werden Deutschlands koloniale Forderungen, Italiens ostafrikanisches Imperium, Francos nationales Spanien und Japans Chinainteresse liegen? Verläßt diese Grenze am Rhein oder gar an der Donau oder denkt England nicht, sich über den Bereich des Mittelmeeres hinaus politisch zu engagieren? Der zurückgetretene britische Außenminister, der soeben in Leamington vor seine Wähler hintrat, hat an dem gleichen Platz vor zwei Jahren als die Grenze der englischen Verbindlichkeiten in Europa das Mündungsdelta des Rheines bezeichnet und damit eine wertvolle Aufklärung auch für den französischen Bundesgenossen geliefert. Es scheint, daß Anthony Eden nach dem

„Noch kein praktisches Ergebnis“

Um den Regierungseintritt der slowakischen Volkspartei

Prag, 28. Februar. Die Prager Montagblätter bringen eine Unterredung mit dem Vorsitzenden der slowakischen und katholischen Volkspartei, Vater Hlinka. Hlinka äußerte auf die Fragen der Pressevertreter: „Meine Konferenz mit dem Ministerpräsidenten Dr. Hodza am Freitag, die die Frage des Regierungseintritts der slowakischen Volkspartei zum Gegenstand hatte, hat noch kein praktisches Ergebnis gehabt. Ich habe den Ministerpräsidenten darüber unterrichtet, daß die Partei bereit sei, in die Regierung einzutreten, wenn der Slowakei die Autonomie im Sinne des Pittsburg-Vertrages gewährt wird — d. h. die Anerkennung der slowakischen Nation als eines ethnisch selbständigen und souveränen Volkes durch Aufnahme und Einverleibung des Pittsburg-Vertrages in die Verfassung der tschechoslowakischen Republik. Der Minister soll nun mitteilen, ob dieser Wunsch erfüllt werden wird. Erfolgt das, so wird die slowakische Volkspartei sofort Regierungspartei.“

NSD. übernimmt Gemeindepflegeanstalten des Roten Kreuzes

Berlin, 28. Februar. Auf Grund einer Vereinbarung zwischen dem Hauptamt für Volkswohlfahrt und dem Deutschen Roten Kreuz übernimmt die NSD. am 1. April die Gemeindepflegeanstalten und Kindererziehungsstätten des Deutschen Roten Kreuzes. Die dort bisher tätigen Rote-Kreuzschwestern führen künftighin als Rote-Kreuzschwestern ihre Tätigkeit im Dienste der NSD. weiter. Die Ausbildungsanstalten zur Pflege des Schwösterwesens behält das Rote Kreuz.

Eine Spinnerei durch Großfeuer vernichtet

Stolberg bei Hagen, 28. Februar. Sonntag früh brach in der Spinnerei Mitter in der Haunmühle im Gedautal ein Feuer aus, das gefährlichen Umfang annahm. Als die Feuerwehren von Stolberg, Vuesbach und Münsterbusch an der Brandstätte eintrafen, hatten sich die Flammen bereits von ihrem Herd im Erdgeschoss durch drei Stockwerke bis zum Dachstuhl durchgefressen. Gleichzeitig mit den Löscharbeiten mußte die Sicherung der nahegelegenen Bauerngehöfte durchgeführt werden. Erst als sich die Kreisfeuerwehr Wärfelen mit modernen Motorspritzen an der Bekämpfung des Brandes beteiligte, konnte die Gefahr der Weiterausbreitung verhindert werden. Die Spinnerei wurde fast vollständig zerstört und damit wertvolle Maschinen und Wollvorräte vernichtet. Erst vor einiger Zeit war die Fabrik modernisiert worden. Man vermutet, daß der Brand durch Selbstentzündung entstanden ist.

Kraftwagen im Eise eingebrochen

Stockholm, 28. Februar. Ein Kraftwagen mit 4 Insassen ist während der Fahrt über den See Anningen in Dalarna durch die Eischeibe gebrochen. Drei Personen sind hierbei umgekommen.

Sabotage gegen den Schweizer Franken

Sozialdemokratischer Redakteur unter Strafanklage gestellt.

Basel, 28. Februar. Der Redakteur der sozialdemokratischen Presseagentur Insa, Pünter, wurde unter Strafanklage gestellt, weil er durch seine Agentur die falsche Meldung verbreitet hatte, daß eine zweite Abwertung des Schweizer Franken beabsichtigt sei. Die Meldung wurde von einigen sozialdemokratischen Blättern der Westschweiz wiedergegeben. Eine Befragung des Landeswährungsrats aber laut Bundesratsbeschluss unter Strafe.